

Berichte & Studien

93

Reinhard Meier-Walser/Alexander Wolf (Hrsg.)

NEUE DIMENSIONEN INTERNATIONALER SICHERHEITSPOLITIK

Berichte & Studien 93

Reinhard Meier-Walser / Alexander Wolf (Hrsg.)

Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik

Mit einem Geleitwort von Christian Schmidt, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Verteidigung

Impressum

ISBN	978-3-88795-377-5
Herausgeber	Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Herausgeber	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser Alexander Wolf, Dipl. sc. pol. Univ.
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, Furth

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Zum Geleit

Die Erleichterung über das Ende des Ost-West-Konflikts 1990 und die für Deutschland ungewohnt komfortable Lage, nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein, mit denen weder latente noch akute Interessenkonflikte oberhalb der sicherheitspolitisch relevanten Grenze überhaupt möglich erscheinen, führte zu einem weitverbreiteten Missverständnis: „Von Freunden umzingelt“ ist man erst einmal nur hinsichtlich der sozusagen klassischen Sicherheitsrisiken, die von anderen Staaten ausgehen. Es wurde übersehen, dass wir stattdessen heute einer Vielzahl anderer, neuer Bedrohungen unterschiedlicher Urheber und unterschiedlicher Manifestationen ausgesetzt sind.

Die Gefahren und Konflikte des 21. Jahrhunderts sind aufgrund ihrer Asymmetrie unberechenbarer und abstrakter, deswegen oftmals schwerer erkennbar und hinsichtlich ihrer Auswirkungen oft nicht einfach zu vermitteln. Das bedeutet in offenen Demokratien eine schwerwiegende Veränderung. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zusehends. Der internationale Terrorismus, Angriffe im und aus dem Cyberraum sowie die globale Vernetzung der organisierten Kriminalität sind nur einige Gefahren, die sich in unterschiedlichster Intensität auch unmittelbar auf Deutschland auswirken können.

Ungelöste Regionalkonflikte und Staatsversagen mit Begleiterscheinungen wie Migration, Radikalisierung und Piraterie, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich sowie Verteilungskämpfe als Folge des stetigen Bevölkerungswachstums sind Herausforderungen, die einer vertieften Analyse bedürfen. Zudem steht die Untersuchung von Gefahren im Bereich des virtuellen Raums erst am Anfang.

Neue Gefahren erfordern neues Denken, vor allem Bereitschaft zur Betrachtung komplexer Bedingtheiten und die Entwicklung ausgreifender Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen.

Ich danke der Hanns-Seidel-Stiftung und den Autoren dieses Bandes, dass sie hochinteressante Beiträge zu diesen Problemstellungen liefern.

Christian Schmidt, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Verteidigung

Inhaltsverzeichnis

Reinhard Meier-Walser

Akteure, Instrumente und Strategien internationaler Sicherheitspolitik
auf dem Prüfstand transnationaler Risiken und Bedrohungen –
eine Einführung 7

Lothar Rühl

Das Ende des Kalten Krieges 21

Alexander Wolf

Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Sicherheitspolitik 35

Christian Hacke

Vernetzte Sicherheit: Intention und Wirklichkeit 45

Kai Hirschmann

Internationaler Terrorismus: Der Siegeszug der Dschihad-Ideologie ... 59

Thomas Jäger / Olga-Maria Hallemann

Transnational Organisierte Kriminalität 73

Oliver Thränert

Immer mehr Atommächte?

Gefahren der nuklearen Proliferation im Zeitalter der Globalisierung ... 85

Peter L. Münch-Heubner

Der Iran: Religion, Systemstabilität und Atompolitik –

Theologie der Politik oder Politik der Theologie? 97

Alexander Wolf

Staatszerfall: scheiternde, gescheiterte und kollabierte Staaten 113

Konstantinos Tsetsos

Kleine und Große Kriege im 21. Jahrhundert 127

Stefan Bayer

Umwelt und Sicherheit 141

Heinrich Kreft

Rohstoffsicherung – eine neue geopolitische Herausforderung 153

Frank Umbach

Internationale Energiesicherheit 171

Reinhard Hutter

Cyber-Bedrohungen – Risiken und die Folgen 187

Michael Stehr

Piraterie – Bedrohung der Seeschifffahrt 205

<i>Sara E. Davies</i>	
What does it mean to „securitize“ infectious diseases?	217
<i>Boris Wilke</i>	
Sicherheitspolitik in Südasien	231
<i>Martin Wagener</i>	
Grundlagen der Sicherheitspolitik Ostasiens: Mächte – Konflikte – Strukturen	243
<i>Rainer Tetzlaff</i>	
Sicherheitspolitik in Afrika	257
<i>Sascha Werthes</i>	
Exkurs: Menschliche Sicherheit – Ein alternatives Konzept zur Gewährleistung von Sicherheit in einer sich verändernden Welt	277
<i>Stefan Fröhlich</i>	
Die EU als sicherheitspolitischer Akteur	291
<i>Carlo Masala</i>	
Und sie bewegt sich doch! Die Entwicklung der NATO	303
<i>Johannes Varwick</i>	
Die Vereinten Nationen und die sicherheitspolitischen Herausforderungen	317
Autorenverzeichnis	329

Grundlagen der Sicherheitspolitik Ostasiens: Mächte – Konflikte – Strukturen

Martin Wagener

Der vorliegende Beitrag soll einen Einstieg in die Grundlagen der Sicherheitspolitik Ostasiens ermöglichen. Die Ausführungen konzentrieren sich auf zwischenstaatliche Beziehungen und blenden aus Platzgründen Themen eines weiten Sicherheitsbegriffs (u. a. substaatliche und transnationale Herausforderungen, Prozesse der Ökonomisierung und Industrialisierung) aus. Auch werden keine detaillierten theoretischen Darstellungen vorgenommen, wenngleich den folgenden Seiten insgesamt ein realistischer Blickwinkel zugrunde liegt. Folgende Themen werden behandelt: die Großmächte Ostasiens, zentrale zwischenstaatliche Konflikte sowie verschiedene Formen der regionalen Integration. Am Ende der empirischen Ausführungen wird diskutiert, wovon Frieden und Stabilität in Ostasien heute abhängen. Anschließend werden in kommentierter Form wichtige Monographien und Sammelbände zu den einzelnen Themenfeldern vorgestellt.

1. Die Großmächte

Von besonderer Bedeutung für die Stabilität der sicherheitspolitischen Architektur des asiatisch-pazifischen Raums sind die Beziehungen zwischen den Großmächten, die über die umfangreichsten Voraussetzungen zur Stabilisierung bzw. Destabilisierung der Region verfügen. Sie besitzen nicht nur wie China, Russland und die USA Nuklearwaffen, sondern ihnen wird wie im Falle Japans zumindest eine virtuelle Nuklearwaffenfähigkeit zugesprochen. Merkmale einer Großmacht sind zudem eine gewisse demographische und territoriale Größe sowie ökonomische Potenziale – vom Umfang an Bodenschätzen über die Exportleistung der heimischen Wirtschaft bis hin zum Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Entscheidend sind letztlich die militärischen Potenziale, die sich grob an den Verteidigungsetats ablesen lassen. Hier belegten 2010 die Großmächte Ostasiens die ersten vier Plätze: USA (722,1 Mrd. US\$), China (offizieller Wert: 76,4 Mrd. US\$), Japan (52,8 Mrd. US\$) und Russland (41,4 Mrd. US\$).

Tabelle: Machtpotenziale der Großmächte Ostasiens

	USA	China	Russland	Japan
Territorium	9.826.675 km ²	9.596.961 km ²	17.098.242 km ²	377.915 km ²
Bevölkerung (Juli 2011) ¹⁾	313,232 Mio.	1,337 Mrd.	138,740 Mio.	126,476 Mio.
Bruttoinlands- produkt (2010)¹⁾	14,66 Bio. US\$	5,878 Bio. US\$	1,465 Bio. US\$	5,459 Bio. US\$
Handelsbilanz (2010) ¹⁾	- 633 Mrd. US\$	+ 199 Mrd. US\$	+ 139,4 Mrd. US\$	+ 128,4 Mrd. US\$
Öffentliche Verschuldung (2010) ¹⁾	88,9 % des BIP	17,5 % des BIP	9,5 % des BIP	225,8 % des BIP
Nachgewiesene Erdölreserven (Januar 2010) ¹⁾	19,12 Mrd. Barrel	20,35 Mrd. Barrel	74,2 Mrd. Barrel (Januar 2009)	44,12 Mio. Barrel
Devisenreserven	47,826 Mrd. US\$ (Mai 2011)	3,04 Bio. US\$ (März 2011)	462,73 Mrd. US\$ (April 2011)	1,058 Bio. US\$ (April 2011)
Verteidigungs- haushalt (2010)	722,1 Mrd. US\$	76,4 Mrd. US\$ ²⁾	41,4 Mrd. US\$	52,8 Mrd. US\$
Waffenexporte (2009)	14,383 Mrd. US\$	1,8 Mrd. US\$	3,7 Mrd. US\$	-
Streitkräfte- umfang (2010)	1.563.996	2.285.000	1.046.000	247.746
Letzte größere Gefechtssituation	seit 2001, 2003 / Afghanistan, Irak	1979 / Vietnam	2008 / Georgien	1945 / Pazifik
Einsatzbereite Nuklearwaffen	2.700	180	4.700	virtuelle Fähigkeit
Interkontinental- raketen³⁾	Minuteman III (13.000 km)	DF-5A (13.000 km)	Satan (16.000 km)	virtuelle Fähigkeit
Flugzeugträger	11	Programm + Erneuerung eines Flugzeugträgers der sowjetischen Kuznetsov-Klasse	1	2 (Helikopterträger)

Quellen: CIA World Factbook, Internationaler Währungsfonds, International Institute for Strategic Studies, China Daily. 1) Schätzung. 2) Offizieller Verteidigungshaushalt. 3) Beispiel.

Stand vom 12. Juni 2011

Die beiden dominierenden Großmächte sind die USA und China. Obwohl sie ökonomisch eng miteinander verbunden sind, hat dies nicht zu einem Ausgleich in strategischen Fragen geführt. Beide konkurrieren um die Führungsrolle der Region (Pax Americana versus Pax Sinica) und vertreten in diversen Konflikten unterschiedliche Auffassungen. Um Machtansprüche an der pazifischen Gegenküste durchzusetzen, verfügen die USA über fünf Bündnispartner (Japan, Südkorea, Australien, Philippinen, Thailand), einen wichtigen Sicherheitspartner (Singapur) und Kontakte zu zahlreichen weiteren Staaten, die amerikanische Militäreinheiten logistisch unterstützen (u. a. Brunei, Indonesien, Malaysia und wohl bald auch Vietnam). Hinzu kommen flexibel vor Ort patrouillierende maritime Einheiten sowie Guam, das zu den amerikanischen Besitzungen gehört. Insgesamt haben die USA an der pazifischen Gegenküste ca. 75.000 Soldaten (ohne Hawaii) stationiert.

China stemmt sich dem in zweifacher Weise entgegen. Es rüstet im Rahmen seiner Möglichkeiten auf und verfügt mittlerweile mit der Dongfeng (DF)-31/31A nicht nur über eine nukleare Zweitschlagfähigkeit. Die Volksbefreiungsarmee ist auch im Besitz eines umfangreichen Arsenalas asymmetrischer Kriegsführungsoptionen (U-Boote der Kilo-Klasse, Kampfflugzeuge vom Typ Suchoi-30, Zerstörer vom Typ Sovremenny), mit denen amerikanische Truppenaufmärsche im Ernstfall – etwa im Zuge einer Krise in der Taiwanstraße – kompliziert werden könnten. Auf diplomatischem Parkett war China zudem lange mit seiner „Charme-Offensive“ erfolgreich. Indem es Ängste in seiner Nachbarschaft abgebaut hat, konnte es den Ursachen für eine Anlehnung an den Hegemon entgegenwirken und damit das amerikanische Bündnissystem schwächen. In jüngster Zeit hat das selbstbewusste Auftreten Pekings, vor allem in maritimen Fragen, aber erneut dazu beigetragen, dass sich viele Staaten Ostasiens wieder wesentlich deutlicher für die amerikanische Militärpräsenz in der Region aussprechen.

Tokyo ist der wichtigste Bündnispartner Washingtons im Fernen Osten, was zweierlei bedeutet. Japan ist, erstens, Basis amerikanischer Machtprojektion in Ostasien. Nirgendwo sonst verfügt das Pentagon außerhalb heimischer Gewässer über einen Stützpunkt für einen Flugzeugträger. Yokosuka ist Heimathafen der 7. US-Flotte und damit der USS George Washington. Zweitens scheidet das Land durch seine engen Beziehungen zum Hegemon als möglicher Konkurrent um die Führung Ostasiens aus. Die Beziehungen Tokyos zu seinen Nachbarn sind stabil, wenngleich sie nicht als vollkommen ausgeglichen bezeichnet werden können. Territoriale Streitigkeiten sind weiter ungelöst (Russland: Nördliche Territorien / Kurilen; Nord- und Südkorea: Tokdos / Takeshima-Inseln; China: Senkaku / Diaoyu-Inseln). Der Umgang Japans mit seiner Vergangenheit führt immer wieder zu Irritationen mit China und Südkorea – etwa dann, wenn ein japanischer Ministerpräsident den Yasukuni-Schrein besucht, wo 2,5 Mio. Kriegstoter gedacht wird. Unter ihnen befinden sich 14 A-Klasse-Kriegsverbrecher.

Russland ist zwar weiterhin eine Großmacht, als solche aber nicht mehr aktiv militärisch vor Ort präsent. 2002 zog es seine letzten Einheiten aus Cam Ranh Bay in Vietnam ab. Gegenwärtig beschränkt sich das russische Interesse am Fernen Osten auf zwei Bereiche: Staaten wie China, Vietnam, Malaysia, Indonesien und in Südasiens Indien sind wichtige Abnehmer von Rüstungsgütern. Asien spielt zudem bei der Diversifizierung russischer Energielieferungen eine herausragende Rolle. Machtpolitisch ist Moskau gegenwärtig primär in den Randgebieten der ehemaligen Sowjetunion aktiv. In Asien zeigt Russland diplomatisch Flagge, indem es an multilateralen Abmachungen wie etwa der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) und dem ASEAN Regional Forum (ARF) mitwirkt.

2. Zwischenstaatliche Konflikte

Die wichtigsten zwischenstaatlichen Konflikte Ostasiens sind jene auf der koreanischen Halbinsel, in der Taiwanstraße und im Südchinesischen Meer. In sämtlichen Fällen sind die Interessen von wenigstens zwei Großmächten berührt, was dem jeweiligen Konflikt zusätzliche Brisanz verleiht.

2.1 Koreanische Halbinsel

Die koreanische Halbinsel ist seit dem Koreakrieg von 1950 bis 1953 am 38. Breitengrad geteilt. Bis heute verfügen Nord- und Südkorea lediglich über ein Waffenstillstandsabkommen, es gibt keinen Friedensvertrag. Der Konflikt war während des Kalten Krieges Ausdruck des Systemgegensatzes der Supermächte, die sich auf der koreanischen Halbinsel in einer Stellvertretersituation gegenüberstanden. Die Teilung des Landes in einen kommunistisch orientierten Norden und einen kapitalistischen Süden wurde dadurch vertieft.

Seoul und Pjöngjang schlugen in den folgenden Jahren vollkommen unterschiedliche Wege ein. Südkorea entwickelte sich zu einem der wirtschaftlich erfolgreichen „Tigerstaaten“ und nahm nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu den einstigen Gegnern, der Sowjetunion (1990) und China (1992), diplomatische Beziehungen auf. Nordkorea dagegen fiel ökonomisch weit zurück und begab sich international zusehends in die Isolation. Um das eigene Überleben zu sichern, setzte Pjöngjang u.a. auf eine kontrollierte Risikostrategie: Erfolgreich hat es durch Nuklearwaffenprogramme und Atomtests (2006, 2009) für Unruhe in der Region gesorgt und sich Zurückhaltung teuer abkaufen lassen, etwa durch die Lieferung von Nahrungsmitteln, Dünger und Erdöl.

Die „Sonnenscheinpolitik“ Südkoreas, initiiert von Präsident Kim Dae-jung (1998-2003), kann mit dem Tourismusprojekt am Berg Kumgang, der Kaesong-Industrie-Zone und einzelnen Familienzusammenführungen zwar Erfolge vorweisen. Dazu gehören auch zwei Gipfeltreffen in Pjöngjang (2000, 2007). Zu einem Durchbruch in den gemeinsamen Beziehungen

hat dies aber nicht beigetragen, zumal der seit 2008 amtierende südkoreanische Präsident Lee Myung-bak gegenüber Kim Jong-il wieder einen härteren Kurs verfolgt. Ergebnis ist eine Verschlechterung der Sicherheitslage: Das Tourismus-Projekt am Berg Kungang liegt seit den tödlichen Schüssen auf eine südkoreanische Besucherin im Juli 2008 auf Eis; im Frühjahr 2009 ist Nordkorea aus den 2003 begonnenen Sechsparteiengesprächen (weitere Teilnehmer: Südkorea, China, USA, Japan, Russland) ausgestiegen; Seoul wiederum hat die humanitäre Hilfe für Pjöngjang deutlich eingeschränkt.

Zur Verschärfung der Spannungen hat vor allem Nordkorea beigetragen. Im März 2010 versenkte es das südkoreanische Kriegsschiff „Cheonan“ durch einen Torpedoschuss (46 Tote), im November 2010 führte es einen Artillerieangriff gegen die südkoreanische Insel Yeonpyeong (4 Tote). Der Druck auf Präsident Lee, auf diese Provokationen auch militärisch zu reagieren, hat zugenommen – und damit die Gefahr einer Eskalation des Konflikts. Dass es dazu auch in den vergangenen Krisensituationen nicht gekommen ist, muss maßgeblich auf die „Geisellage“ Seouls zurückgeführt werden. Die südkoreanische Hauptstadt liegt in unmittelbarer Reichweite des größten Teils der über 21.000 nordkoreanischen Artilleriegeschütze. Im Falle eines erneuten Kriegsausbruchs könnte der Norden daher einen verheerenden Angriff befehlen, dem zigtausende Bürger Seouls sofort zum Opfer fallen würden. Auch wenn Südkorea in einer direkten militärischen Auseinandersetzung Nordkorea über kurz oder lang besiegen würde, ist es derzeit nicht bereit, den absehbaren Preis dafür zu zahlen, was wiederum vom Kim-Regime ausgenutzt wird.

Die Lage am 38. Breitengrad wird durch von außen nur schwer zu durchschauende Prozesse innerhalb der nordkoreanischen Führungsriege kompliziert. Seit 2008 mehren sich die Hinweise auf einen schlechten Gesundheitszustand Kim Jong-ils, dessen baldiges Ableben Beobachter erwarten. Die Konsequenzen für die innerkoreanischen Beziehungen sind nur schwer einzuschätzen: Welche Politik wird sein als Nachfolger auserkorener Sohn Kim Jong-un verfolgen? Über welchen Rückhalt verfügt dieser im militärischen Apparat? Im Falle eines Zusammenbruchs Nordkoreas wird die Wiedervereinigung der Halbinsel enorme ökonomische Belastungen auslösen, die Südkorea möglicherweise nicht alleine schultern kann. Dieser Prozess sowie die außenpolitische Orientierung des vereinigten Koreas – Neutralität oder Fortsetzung der Allianz mit den USA – wird Folgen für das Machtgefüge Nordostasiens haben.

2.2 Taiwanstraße

Der Konflikt in der Taiwanstraße geht auf einen innerchinesischen Machtkampf zwischen der Kommunistische Partei Chinas (KPCh) unter Führung Mao Zedongs und der nationalchinesischen Kuomintang (KMT) unter Führung Chiang Kai-sheks zurück. Beide hatten ihre Differenzen von 1937

bis 1945 zurückgestellt, um gemeinsam gegen die japanische Invasionsarmee zu kämpfen. Diese „Einheitsfront“ hielt bis zur Niederlage Tokyos. Darauf wurde der chinesische Bürgerkrieg fortgesetzt, den die KPCh für sich entscheiden konnte. Die KMT – und damit die „Republik China“ – floh nach Taiwan, Mao rief dagegen 1949 auf dem Festland die „Volksrepublik China“ aus.

Von 1955 bis 1979 hatten die USA mit Taiwan einen Verteidigungsvertrag unterhalten, der im Zuge der Annäherung Washingtons an Peking (Besuch von US-Präsident Richard Nixon 1972) aufgekündigt wurde. Bis heute haben sich die USA jedoch über den Taiwan Relations Act (TRA) vom April 1979 dazu verpflichtet, die Republik China mit Defensivwaffen zu beliefern. So sagte Präsident Barack Obama im Januar 2010 zu, Taiwan Waffen im Wert von 6,4 Mrd. US\$ zur Verfügung zu stellen.

China reagiert auf derartige Ankündigungen äußerst sensibel. Es betrachtet Taiwan offiziell als „abtrünnige Provinz“ und hat mehrfach angekündigt, auf eine Unabhängigkeitserklärung der Insel mit einer militärischen Intervention zu reagieren. Zur letzten großen Krise in der Taiwanstraße war es 1995 / 1996 gekommen, als China im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen der Republik China eine Politik der Abschreckung verfolgte. Nördlich und südlich der Gewässer Taiwans wurden Raketentests durchgeführt, worauf die USA im März 1996 mit der Entsendung von zwei Flugzeugträgergruppen reagierten.

Die politischen Beziehungen zwischen Peking und Taipeh erreichten dann während der Präsidentschaft von Chen Shui-bian (2000–2008) einen Tiefpunkt. In dessen Democratic Progressive Party (DPP) sah China einen aktiven Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der „abtrünnigen Provinz“. Seit der Wahl des KMT-Kandidaten Ma Ying-jeou zum Präsidenten Taiwans im März 2008 haben sich die Beziehungen entspannt. Die Kommunikation beider Seiten ist stark verbessert worden, u.a. durch die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der chinesischen Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS) und der taiwanischen Straits Exchange Foundation (SEF).

Eine Lösung des Konflikts ist gleichwohl nicht zu erkennen. China hat seiner Annäherungspolitik zwar mit dem Abschluss des Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA) im Juni 2010 einen weiteren Baustein hinzugefügt. Es richtet aber für den Eventualfall, also eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans (z. B. nach einer Rückkehr der DPP an die Macht) oder eine Einmischung externer Mächte, nach Angaben des Pentagons bis zu 1.150 Kurzstreckenraketen (Stand: Dezember 2009) direkt auf die Insel. Die USA haben offengelassen (Politik der „strategic ambiguity“), ob sie sich in eine Konfrontation einmischen werden. Solange China die Inkorporation seiner „abtrünnigen Provinz“ nicht aggressiv betreibt und diese auf demonstrative Unabhängigkeitsbestrebungen verzichtet, wird der Status quo stabil bleiben.

Dennoch wird die Lage in der Taiwanstraße sowohl in Washington als auch in Peking weiterhin als jener Konflikt betrachtet, in dem es am ehesten zu einer militärischen Konfrontation beider Großmächte kommen könnte. Ob eine Verbesserung der Sicherheitslage in den nächsten Jahren möglich ist, bleibt abzuwarten. Für 2012 sind in Taiwan Präsidentschaftswahlen vorgesehen, in China wiederum wird die politische Führung ausgetauscht. Innenpolitische Opportunitätserwägungen könnten also wieder wie schon in der Vergangenheit dazu führen, dass sich die Sicherheitslage in der Taiwanstraße verschlechtert.

2.3 Südchinesisches Meer

Im Südchinesischen Meer streiten sich China, Taiwan, Vietnam, Malaysia, die Philippinen sowie Brunei um verschiedene Inseln und Riffe. Zu den bekanntesten gehören die Paracels und die Spratlys. Letztere verteilen sich auf eine Fläche von ca. 410.000 km², ragen aber insgesamt nur weniger als 5 km² aus dem Wasser heraus. Im Vergleich zu den betroffenen Staaten Südostasiens erhebt China die umfassendsten Ansprüche. 1974 besetzte es nach einer Auseinandersetzung mit südvietnamesischen Streitkräften die Paracel-Inseln, 1988 lieferte es sich ein Gefecht mit vietnamesischen Einheiten und nahm weitere Inseln der Spratlys in Besitz.

Peking betrachtet den größten Teil des Südchinesischen Meeres de facto als Binnengewässer, worauf auch ein 1992 verabschiedetes Gesetz schließen lässt. Dabei decken sich die Ansprüche des Reiches der Mitte mit jenen Taiwans, dessen Streitkräfte mit Itu Aba die größte der Spratly-Inseln besetzt halten. Als 1995 bekannt wurde, dass China Aufbauten auf dem Mischief Reef errichtet, mehrten sich die Sorgen vor einer weiteren territorialen Expansion des Landes, die in diesem Falle auf Kosten der Philippinen ging. Peking weigert sich bis heute, einen verbindlichen Verhaltenskodex zu unterzeichnen, der einen friedlichen Umgang mit den Territorialstreitigkeiten ermöglicht – es konnte sich im November 2002 lediglich durchringen, mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) eine „Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea“ zu vereinbaren.

Hintergrund der Ansprüche der sechs Anrainer sind nicht nur historisch aufgeladene Statusfragen. Im Südchinesischen Meer geht es vor allem um die Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen (auch wenn die Bestände umstritten sind) sowie um Fragen der Nahrungssicherheit (Fischfang). Kann ein Staat Besitzansprüche auf eine Insel durchsetzen, so ist es ihm laut Seerecht unter bestimmten Bedingungen gestattet, in einem Abstand von bis zu 200 Seemeilen zur Basislinie Ressourcen auszubeuten (Exclusive Economic Zone).

Die USA haben keine territorialen Ansprüche im Südchinesische Meer. Sie betrachten die Gewässer als Bestandteil der „Hohen See“ und lehnen damit umfassende chinesische Hoheitsrechte in dem Gebiet ab. Washington besteht auf der Offenheit der Seewege. Damit verbunden sind zwei

Interessen: Zum einen soll sich die 7. US-Flotte frei zwischen Indischem und Pazifischem Ozean bewegen können, um wie in der Vergangenheit bei Bedarf militärische Operationen am Persischen Golf und in Zentralasien zu unterstützen. Zum anderen sind offene Seewege Voraussetzung eines ungehinderten ökonomischen Austauschs. So muss z. B. der größte Teil der Energieeinfuhr der beiden amerikanischen Bündnispartner Japan und Südkorea das Südchinesische Meer passieren. Aber auch China ist auf offene Seewege angewiesen, da ca. 80 % seiner Erdöleinfuhr über die Straße von Malakka erfolgt.

2010 haben sich die Divergenzen Washingtons und Pekings in maritimen Fragen verschärft. Im Frühjahr war Zeitungsberichten zu entnehmen, dass die chinesische Regierung das Südchinesische Meer künftig zu ihren „core interests“ zähle. Eine solche sprachliche Zuschreibung ist insofern problematisch, als mit diesem Terminus nicht verhandelbare territoriale Ansprüche markiert werden und sich damit die Gewässer auf einer Stufe mit Taiwan, Tibet und Xinjiang befinden würden. In den nächsten Monaten blieb eine offizielle Bestätigung der Presseberichte zwar aus. Das Verhalten Pekings legt aber den Schluss nahe, territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer künftig mit mehr Nachdruck verfolgen zu wollen. Vor diesem Hintergrund warb Außenministerin Hillary Clinton im Juli 2010 auf dem ARF-Treffen in Hanoi offen für die amerikanische Position und wurde dabei sehr zum Ärger Chinas von mehreren Teilnehmern unterstützt.

3. Regionale Integration

Lange Jahre musste Ostasien ohne Institutionen auskommen. Im militärischen Bereich gab es seit 1954 die von den USA angeführte South East Asia Treaty Organization (SEATO), die aber nur geringe Bedeutung entfalten konnte und 1977 wieder aufgelöst wurde. Zu Prominenz brachte es die ASEAN, die 1967 von Thailand, Indonesien, Malaysia, Singapur und den Philippinen gegründet wurde und der bis 1999 alle übrigen Staaten Südostasiens beitraten. Die Großmächte hielten sich in ihrem Engagement in und gegenüber regionalen Organisationen zunächst zurück. Dies hatte u. a. mit der Dominanz des bilateral ausgerichteten Bündnissystems der USA zu tun, aber auch mit Vorbehalten Chinas, die auf der Vermutung basierten, dass durch multilaterale Abmachungen die Außenpolitik Pekings eingehegt werden sollte.

Diese Situation änderte sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts grundlegend. Bereits seit 1989 gibt es mit der APEC eine wirtschaftlich ausgerichtete Organisation, die seit 1993 auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs tagt. Die APEC verfolgt u. a. das Ziel, bis zum Jahr 2020 eine transpazifische Freihandelszone zu schaffen (Bogor-Erklärung von 1994). Auf dem Feld der Sicherheitspolitik hat sich das 1994 gegründete ARF als Gesprächsforum durchgesetzt, zu dem die Teilnehmer einmal im Jahr ihre Außenminister entsenden. Als sich in der Asienkrise 1997 /

1998 zeigte, wie verletzlich viele Ökonomien und wie handlungsunfähig die bisher etablierten multilateralen Abmachungen Ostasiens sind, wurde 1997 das Format der ASEAN Plus Three (APT) aus der Taufe gehoben, an dem neben den Staaten Südostasiens auch China, Japan und Südkorea mitwirken. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Zusammenarbeit der APT gehört die Chiang-Mai-Initiative vom Mai 2000, die vorsieht, dass die Staaten untereinander Swap-Vereinbarungen treffen, um sich in der nächsten Finanzkrise Kredite gewähren zu können.

Die ASEAN hat sich als treibende Kraft der regionalen Integration erwiesen und 2005 auch an der Etablierung des East Asia Summit (EAS) mitgewirkt, an dem neben den APT-Staaten Indien, Australien und Neuseeland teilnehmen (2011 sollen Russland und die USA hinzukommen). Mit der 2007 unterzeichneten und 2008 in Kraft getretenen ASEAN-Charta hat die südostasiatische Staatenorganisation einen für Ostasien neuen Weg beschritten und sich zur Rechtspersönlichkeit weiterentwickelt. Im Oktober 2010 wurde mit der Schaffung des ASEAN Defence Ministers' Meeting-Plus (ADMM-Plus), das auch unter der Bezeichnung „ASEAN + 8“ bekannt ist, ein Pendant zum ARF geschaffen. An den Treffen nehmen die Verteidigungsminister der EAS-Staaten sowie der USA und Russlands teil, die nun alle drei Jahre zusammen kommen wollen.

Trotz dieser kontinuierlichen Ausdifferenzierung der regionalen Konferenzdiplomatie ist die Handlungsfähigkeit aller multilateralen Abmachungen Ostasiens begrenzt, da die Staaten nicht bereit sind, durch Souveränitätstransfers supranationale Strukturen zu schaffen. Organisationen wie die ASEAN wurden in der Vergangenheit ganz gezielt von den Mitgliedern genutzt, ihre nationale Souveränität – im Fachjargon „national resilience“ genannt – zu stärken. Prozesse der Gemeinschaftsbildung setzen damit in Europa und Südostasien unterschiedlich an: Während auf der einen Seite Formen politischer Verschmelzung angestrebt werden, war und ist man auf der anderen Seite eher bestrebt, sich als Gemeinschaft unabhängiger Nationalstaaten zu organisieren. An dieser Situation wird sich nichts ändern, solange der „ASEAN Way“ und damit das Prinzip der Nichteinmischung einen sakrosankten Status genießen. Die ASEAN ist folglich nicht nur Motor, sondern auch Bremse regionaler Integration.

4. Die Sicherheitsarchitektur des asiatisch-pazifischen Raums

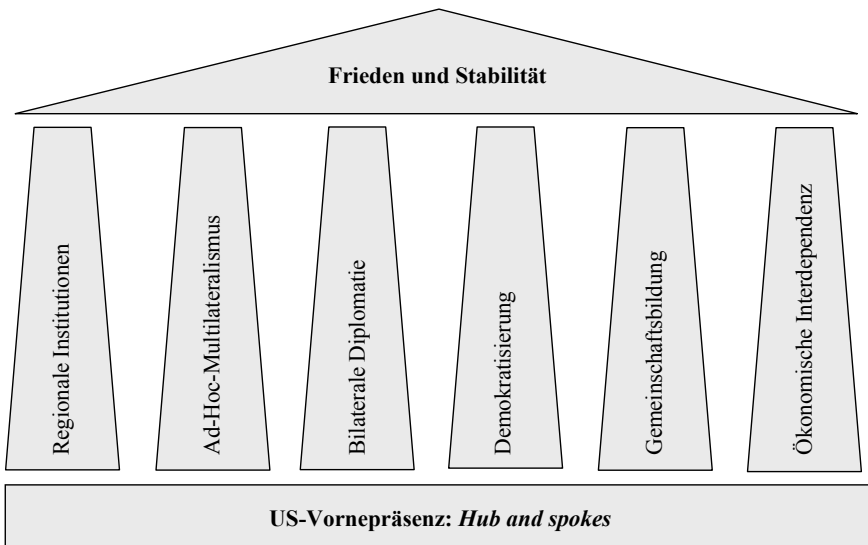
Damit sind alle wichtigen Akteure, Konflikte und integrativen Prozesse benannt. Offen ist dagegen geblieben, worauf die gegenwärtige sicherheitspolitische Architektur des asiatisch-pazifischen Raums in der Substanz beruht. Die Frage lässt sich am besten metaphorisch beantworten. Das fernöstliche sicherheitspolitische „Dach“ wird von mehreren „Säulen“ getragen. Zu ihnen gehören Institutionen (u. a. APEC, ASEAN, ARF, APT, EAS), vielfältige Formen multilateraler Kooperation (u. a. Proliferation Security Initiative, Sechsparteiengespräche / Korea), etablierte bilaterale Kommu-

nikationsprozesse (u. a. Gipfeldiplomatie der Großmächte, „hot line“ zwischen Streitkräften der USA und Chinas), Ansätze der Demokratisierung (u. a. in Indonesien, den Philippinen), Versuche der Gemeinschaftsbildung mittels Normsetzung (u. a. durch den Treaty of Amity and Cooperation von 1976) und vor allem wachsende ökonomische Interdependenzen (u. a. durch Freihandelsabkommen).

Die sicherheitspolitischen Beiträge dieser „Säulen“ sind aber selbst in der Summe begrenzt. Denn mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich viele Hoffnungen nicht erfüllt. Staaten streben zwar, wie InstitutionalistInnen behaupten, nach umfassenden Handlungsmöglichkeiten. Die dabei entstehenden Interdependenzen haben aber nicht zu einer Überwindung des Sicherheitsdilemmas geführt. Auch die Hoffnungen der KonstruktivistInnen wurden enttäuscht. Regierungschefs unterschreiben zwar Verträge. Die dadurch akzeptierten Normen entfalten aber in der Praxis nur eine begrenzte Bindewirkung. Und dort, wo sich Staaten auf Normen berufen, konterkarieren sie oft integrative Prozesse. Den Südostasiaten wird es z. B. kaum gelingen, eine „Political-Security Community“ aufzubauen, wenn sie wie in der ASEAN-Charta am Prinzip der Nichteinmischung festhalten. Den Entscheidungsträgern ist es somit nicht gelungen, die anarchische Staatenwelt durch Dekonstruktionen – also neu sozialisierte Akteure – aufzulösen.

Schaubild:

Die Sicherheitsarchitektur des asiatisch-pazifischen Raums



Quelle: Martin Wagener

Die genannten „Säulen“ benötigen daher ein „Fundament“, das sie und damit auch das „Dach“ der sicherheitspolitischen Architektur des asiatisch-pazifischen Raums trägt. Dieses „Fundament“ wird vom amerikanischen Militär- und Bündnisapparat („hub and spokes“) gebildet, in dem die USA den ultimativen Garanten der sicherheitspolitischen Ordnung Ostasiens spielen – für den Fall, dass einzelne „Säulen“ zusammenzubrechen drohen und somit stabilisiert oder ersetzt werden müssen.

In sicherheitspolitischer Hinsicht zeichnet sich der Ferne Osten gegenwärtig durch unipolare Machtstrukturen aus. Die USA verfügen nicht nur über die umfassendsten Machtprojektionsfähigkeiten, sondern auch über die mit Abstand größte finanzielle Ausstattung: Die Verteidigungsetats aller Staaten Ostasiens und Australasiens entsprachen 2009 in der Summe lediglich 30,2 % des amerikanischen Ansatzes! Aus der Sicht des offensiven Realismus bedeutet dies, dass die USA in der Lage sind, den Status quo zu stabilisieren. Dies funktioniert allerdings nur dann, wenn der Abstand zu einem potenziellen „peer competitor“ so groß ist, dass dieser zumindest vorübergehend auf umfassende Gegenmachtbildung verzichtet und sich mit dem Status quo arrangiert. Dies ist gegenwärtig in Ostasien der Fall. Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum (abhängige Variable) hängen daher in hohem Maße vom militärischen Engagement der USA im Fernen Osten (unabhängige Variable) ab.

5. Weiterführende Literatur

An dieser Stelle finden mehrheitlich Monographien und Sammelbände, die zum Fundus der ostasiatischen Standardliteratur gehören, in kommentierter Form Erwähnung (Stand: Juni 2011).

5.1 Ein erster Überblick

Wer sich erstmalig mit Fragen ostasiatischer Sicherheitspolitik befasst und diese auch vor dem Hintergrund historischer Entwicklungen verstehen möchte, sollte sich zunächst mit breit angelegten Untersuchungen auseinandersetzen: Yahuda, Michael: *The International Politics of the Asia-Pacific*, London / New York, 3. überarbeitete Auflage, 2011; Buckley, Roger: *The United States in the Asia-Pacific since 1945*, Singapur 2002; Kindermann, Gottfried-Karl: *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840 bis 2000*, Stuttgart / München 2001; Gu, Xuewu: *Ausspielung der Barbaren. China zwischen den Supermächten in der Zeit des Ost-West-Konfliktes*, Baden-Baden 1998.

Einen Überblick zu aktuellen militärischen, ökonomischen und politischen Fragen liefern die üblichen Sammelbände: Maull, Hanns W. / Wagener, Martin (Hrsg.): *Ostasien in der Globalisierung*, Baden-Baden 2009. Gute Übersichtsdarstellungen über den Stand jüngster Ereignisse sind über die „Comparative Connections“ (<http://csis.org/program/compa->

rative-connections) erhältlich. Sie werden vom Pacific Forum (Honolulu) des Centre for Strategic & International Studies (Washington, D. C.) herausgegeben und beinhalten neben Analysen auch umfassende chronologische Darstellungen. Ausführliche Länderstudien sind erhältlich über: Europa Publications (Hrsg.): *The Far East and Australasia 2011*, London / New York, 42. Auflage, 2010. Aktuelle Jahresberichte zu einzelnen Staaten Asiens finden sich in der jeweils ersten Ausgabe eines Jahres in „Asian Survey“ (Fachzeitschrift), in „Southeast Asian Affairs“ (Jahrbuch, seit 1974) oder im „Asia Pacific Security Outlook“ (Jahrbücher 1997-2005). Umfassende Erläuterungen und Definitionen sicherheitspolitischer Schlagwörter werden in speziellen Wörterbüchern vorgenommen: Capie, David / Evans, Paul: *The Asia-Pacific Security Lexicon*, Singapur 2002.

5.2 Monographien und Sammelbände

Die Großmächte

In Ostasien entscheiden vor allem die Beziehungen zwischen den Großmächten über die regionale Stabilität. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt zahlreicher Abhandlungen: Bailey, Jonathan: *Great Power Strategy in Asia. Empire, culture and trade, 1905-2005*, London / New York 2007; Lampton, David M. (Hrsg.): *Major Power Relations in Northeast Asia: Win-Win Or Zero-Sum Game*, Tokyo 2001; Tow, William T.: *Asia-Pacific Strategic Relations: Seeking Convergent Security*, Cambridge u. a. 2001; Mandelbaum, Michael (Hrsg.): *The Strategic Quadrangle: Russia, China, Japan, and the United States in East Asia*, New York 1995.

Die USA und der Aufstieg Chinas

Im Fokus der Politik der Großmächte steht die Frage, wie sich der weitere Aufstieg Chinas auf das Machtgefüge des Fernen Ostens auswirken wird – und wie die Nachbarn Pekings auf diesen Prozess reagieren: Sutter, Robert G.: *China's Rise in Asia. Promises and Perils*, Lanham u. a. 2005; Shambaugh, David (Hrsg.): *Power Shift. China and Asia's New Dynamics*, Berkeley / Los Angeles / London 2005; Yee, Herbert / Storey, Ian (Hrsg.): *The China Threat: Perceptions, Myths and Reality*, London / New York 2002.

Dreh- und Angelpunkt vieler Analysen ist der Zustand der amerikanisch-chinesischen Beziehungen: Foot, Rosemary / Walter, Andrew: *China, the United States, and Global Order*, New York 2011; Cohen, Warren I.: *America's Response to China. A History of Sino-American Relations*, New York, 5. Auflage, 2010. Sie reichen von notorisch pessimistischen Einschätzungen – Bernstein, Richard / Munro, Ross H.: *The Coming Conflict with China*, New York 1997 – über den nüchternen Entwurf von Krisenszenarien – Bush, Richard C. / O'Hanlon, Michael: *A War Like No Other. The*

Truth about China's Challenge to America, Hoboken, NJ 2007 – bis hin zu Versuchen, Strategien einer Einbindung Pekings zu entwerfen: Johnston, Alastair Iain / Ross, Robert S. (Hrsg.): *Engaging China, The Management of an Emerging Power*, London / New York 1999; Shinn, James (Hrsg.): *Weaving the Net. Conditional Engagement with China*, New York 1996. Besonders umfangreich sind die Publikationen zur Konkurrenz beider Großmächte um Macht und Einfluss in Südostasien: Wagener, Martin: *Hegegonialer Wandel in Südostasien? Der machtpolitische Aufstieg Chinas als sicherheitsstrategische Herausforderung der USA*, Trier 2009; Goh, Evelyn / Simon, Sheldon W. (Hrsg.): *China, the United States, and Southeast Asia. Contending perspectives on politics, security, and economics*, New York / London 2008.

Positive und negative China-Perzeptionen wechseln einander in der Forschung in zyklischer Weise ab. Nach dem eher aggressiven Verhalten Pekings Mitte der 90er-Jahre erschienen zahlreiche Abhandlungen zur „China threat“. Als sich das Reich der Mitte dann spätestens ab 2002 in seiner Außenpolitik diplomatischer zeigte („sanfte Macht“), schlug sich dies ebenfalls im Schrifttum nieder: Kurlantzick, Joshua: *Charm Offensive. How China's Soft Power Is Transforming the World*, New Haven / London 2007; Gill, Bates: *Rising Star. China's New Security Diplomacy*, Washington, D.C. 2007. Lesenswert sind in diesem Zusammenhang auch Beobachtungen, die eine mögliche Verschärfung der chinesischen Außenpolitik als Reaktion auf innenpolitische Turbulenzen erklären: Shirk, Susan L.: *China. Fragile Superpower. How China's Internal Politics Could Derail Its Peaceful Rise*, Oxford 2007. Nach dem Jahr 2010 ist zu erwarten, dass eine neue Welle von Publikationen zur „China threat“ erscheinen wird – eine Sichtweise, die Peking durch sein zunehmend selbstbewusstes Auftreten, vor allem in maritimen Fragen, konsequent provoziert hat.

Zwischenstaatliche Konflikte

Zuverlässige Betrachtungen zu den drei zentralen zwischenstaatlichen Konflikten Ostasiens finden sich für die koreanische Halbinsel bei Kim, Samuel S.: *The Two Koreas and the Great Powers*, New York 2006; Maull, Hanns W. / Maull, Ivo M.: *Im Brennpunkt: Korea. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Kultur*, München 2004. Mit der Lage in der Taiwanstraße befassen sich Swaine, Michael D. / Yang, Andrew N. D. / Medeiros, Evan S. (Hrsg.): *Assessing the Threat: The Chinese Military and Taiwan's Security*, Washington, D.C. 2007; Tucker, Nancy Bernkopf (Hrsg.): *Dangerous Strait: The U.S. – Taiwan – China Crisis*, New York 2005. Maritime Herausforderungen, insbesondere im Südchinesischen Meer, bearbeiten Emmers, Ralf: *Geopolitics and Maritime Territorial Disputes in East Asia*, London / New York 2010; Bateman, Sam / Emmers, Ralf (Hrsg.): *Security and International Politics in the South China Sea: Towards a cooperative management regime*, London / New York 2009; Valencia, Mark J.: *China and the*

South China Sea Disputes. Conflicting claims and potential solutions in the South China Sea, Adelphi Paper 298, London 1995.

Regionale Integration

Die sich immer stärker ausbreitenden und auch ausdifferenzierenden Prozesse der regionalen Integration haben eine Fülle von Veröffentlichungen ausgelöst. Im Mittelpunkt steht dabei die ASEAN. Aber auch die Politik der Großmächte gegenüber multilateralen Abmachungen wird untersucht. Lesenswert sind u.a. folgende Abhandlungen: Nabers, Dirk (Hrsg.): Multilaterale Institutionen in Ostasien-Pazifik. Genese – Strukturen – Substanz – Perspektive, Wiesbaden 2010; Haacke, Jürgen / Morada, Noel M. (Hrsg.): Cooperative Security in the Asia-Pacific. The ASEAN Regional Forum, London / New York 2010; Bisley, Nick: Building Asia's Security, Adelphi Paper 408, London 2009; Beeson, Mark: Institutions of the Asia-Pacific. ASEAN, APEC, and beyond, London / New York 2009; Caballero-Anthony, Mely: Regional Security in Southeast Asia. Beyond the ASEAN Way, Singapur 2005; Tan, See Seng / Acharya, Amitav (Hrsg.): Asia-Pacific Security Cooperation. National Interests and Regional Order, Armonk, NY / London 2004; The 2nd ASEAN Reader, zusammengestellt von Sharon Siddique und Sree Kumar, Singapur 2003; Rüländ, Jürgen / Manske, Eva / Draguhn, Werner (Hrsg.): Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC). The first decade, London / New York 2002; Dosch, Jörn: Die Herausforderung des Multilateralismus. Amerikanische Asien-Pazifik Politik nach dem Kalten Krieg, Baden-Baden 2002.